



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage Simon Bischof / Xavier Ganioz

2016-CE-244

Schliessung des HR Shared Service Centers der SBB in Freiburg

I. Anfrage

In einer Medienmitteilung vom 3. November 2016 kündigen die SBB die Schliessung des HR Shared Service Centers (HR-SSC) in Freiburg an. Ab Mai 2017 sollen die Mitarbeitenden des HR-SSC, die aktuell in Olten, Freiburg und Bern tätig sind, nach Zollikofen umziehen. In Freiburg sind 50 Arbeitsplätze betroffen. Die Meldung über diesen Entscheid macht uns stutzig. Denn erst vier Tage zuvor hatte eine Sprecherin des ehemaligen Regiebetriebs der Zeitung *La Liberté*, die sich auf eine Information von *Radio Freiburg* bezog, noch erklärt, dass bisher nichts entschieden sei.

Das HR-SSC wurde 2009 eröffnet. Es handelte sich dabei um eine der Gegenleistungen, die bei den Verhandlungen zwischen dem Staatsrat und den SBB im Rahmen der Schliessung des Freiburger Standorts von SBB Cargo erlangt wurden.

Bei der Besprechung des Voranschlags 2017 der Volkswirtschaftsdirektion antwortete der Regierungsvertreter auf die von der sozialdemokratischen Fraktion geäusserten Sorgen, dass den SBB kürzlich erfolglos ein Vorschlag für eine Zusammenlegung der drei Standorte in Freiburg unterbreitet worden war. Wir danken dem Staatsrat für sein Engagement in diesem Dossier.

Wir stellen dem Staatsrat nun die folgenden Fragen:

1. Ist es der Ansicht, dass ein Verstoss gegen die vor sieben Jahren getroffene Einigung vorliegt?
2. Was gedenkt er zu unternehmen, um die Schliessung zu verhindern, nachdem der Vorschlag einer Zusammenlegung des HR-SSC in Freiburg gescheitert ist?

4. November 2016

II. Antwort des Staatsrats

1. *Ist es der Ansicht, dass ein Verstoss gegen die vor sieben Jahren getroffene Einigung vorliegt?*

Die Niederlassung des HR-SSC in Freiburg ermöglichte die Schaffung von rund fünfzig Arbeitsplätzen (rund vierzig Vollzeitstellen). Dies entsprach dem Wortlaut der Vereinbarung, die zwischen den Freiburger Behörden und den SBB im Jahr 2009 abgeschlossen wurde. Diese Arbeitsplätze, die grösstenteils von Einwohnerinnen und Einwohnern des Kantons besetzt werden, bleiben im Rahmen des Umzugs des HR-SSC nach Zollikofen erhalten.

Der Staatsrat bedauert zutiefst den Entscheid der SBB, das HR-SSC nach Zollikofen zu verlegen. Die mit den SBB unterzeichnete Vereinbarung legt nicht fest, wie lange diese Stellen erhalten bleiben müssen. Folglich kann nicht von einem Verstoss gegen die Vereinbarung gesprochen werden. Der Staatsrat ging aber selbstverständlich davon aus, dass diese Stellen langfristig erhalten bleiben.

2. Was gedenkt er zu unternehmen, um die Schliessung zu verhindern, nachdem der Vorschlag einer Zusammenlegung des HR-SSC in Freiburg gescheitert ist?

Während sechs Monaten hat der Staatsrat zahlreiche Vorschläge in der Absicht gemacht, die SBB dazu zu bewegen, das HR-SSC in Freiburg zu belassen, es auszubauen und die gesamten Aktivitäten der SBB in diesem Bereich in Freiburg zusammenzulegen. Dies hätte es ermöglicht, rund hundert zusätzliche Stellen im Kanton anzusiedeln. So hat der Staatsrat in einem Schreiben vom April 2016 seine Überzeugung kundgetan, dass die SBB auf eine Umsiedlung des HR-SSC verzichten könnten, und den Wunsch geäussert, dass der Erhalt des HR-SSC und die Zusammenlegung der drei Einheiten (Bern, Olten und Freiburg) im Kanton geprüft wird. Mit diesem Ziel vor Augen haben Regierungsvertreter – darunter die Delegation für das Wirtschafts- und Finanzwesen des Staatsrats – die SBB mehrfach getroffen und zahlreiche Hilfen angeboten, auch finanzieller Art. So boten sie insbesondere ihre Unterstützung bei der Personalrekrutierung und bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten an.

Die SBB haben sich trotzdem entschieden, das HR-SSC und die rund 50 betroffenen Arbeitsplätze nach Zollikofen zu verlegen. Das Unternehmen begründete seinen Entscheid damit, dass die betroffenen Dienste für eine optimale Verwaltung in der Region Bern zusammengelegt werden müssen. Der Staatsrat bedauert diesen Entscheid sehr und hat dies den SBB mitgeteilt. Er hat ferner mit Nachdruck verlangt, dass die SBB auf die Situation der Mitarbeitenden Rücksicht nehmen und für sie einen zumutbaren Sozialplan ausarbeiten.

In ihrem Schreiben vom 3. Oktober 2016 an den Staatsrat haben die SBB diesen Punkt bestätigt. Ausserdem haben sie zugesichert, dass die für den Kanton Freiburg vorrangigen Bahnprojekte von den zuständigen Diensten der SBB betreut werden und dass sie Gegenstand eines regelmässigen Austauschs mit dem Amt für Mobilität des Kantons sind.

Es handelt sich namentlich um die folgenden Projekte:

- > Fahrplan der Fernverkehrsverbindung Lausanne – Bern
- > Neue Haltestelle in Avry-sur-Matran
- > Neue Haltestelle in Agy
- > Bahnübergang von Villaz-St-Pierre
- > Zweite Bahnunterführung am Bahnhof Freiburg
- > Bahnlogistikzentrum in Sévaz
- > Verbindungsweg für den Langsamverkehr Bahnhof Freiburg – blueFACTORY-Gelände

Der Staatsrat verfolgt den Fortschritt dieser Projekte aufmerksam und wird sich mit seiner ganzen Autorität dafür einsetzen, dass sie realisiert werden.

24. Januar 2017